

Auf einem Auge blind

Wie staatliche Instanzen in Deutschland den Rechtsextremismus herunterspielen

Nachrichtendienste und Strafverfolgungsbehörden werden seit langem beschuldigt, die rechtsextreme Bedrohung nicht ernst genug zu nehmen. Belege dafür finden sich auch in jüngster Zeit: die Unfähigkeit, dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ auf die Spur zu kommen, rechtsextreme Netzwerke in Polizei und Militär, der inzwischen offen rechtsextreme vorige Chef des Verfassungsschutzes. Oder sind das alles Einzelfälle?

Jeyhun Alizade, Rafaela Dancygier und Jonathan Homola

Ende Januar 2024 berichteten Nachrichtendienste, dass Hans-Georg Maaßen, der ehemalige Leiter des Bundesamts für Verfassungsschutz, von eben dieser Institution als Rechtsextremist gespeichert und beobachtet wird. Diese Nachricht war für all diejenigen kaum überraschend, die Maaßens politische Entwicklung vom angesehenen Spitzenbeamten zu einer berüchtigten Größe im rechtsextremen Spektrum verfolgt hatten. Am meisten Aufsehen erregte Maaßen, als er sich 2018, noch während seiner Amtszeit als Chef des Verfassungsschutzes, weigerte anzuerkennen, dass Geflüchtete in Chemnitz von einem rechtsextremen Mob gejagt worden waren – obwohl Videoaufnahmen das Gegenteil bewiesen. Er beschuldigte daraufhin die Medien, linke Parteien und „linksradikale Kräfte in der SPD“, diesen Vorfall zu nutzen, um seine Absetzung zu erreichen. Aber auch wenn man Maaßens ideologische Ausrichtung kennt, muss man doch mit Staunen und Sorge zur Kenntnis nehmen, dass die Person, die einst an zentraler Stelle für die Bekämpfung extremistischer Bedrohungen in Deutschland zuständig war, nun offiziell vom Staat als Rechtsextremist eingestuft wird.

Der Fall Maaßen ist allerdings nur einer von zahlreichen Vorfällen, die Zweifel am Engagement des deutschen Staates bei der Bekämpfung rechtsextremistischer Straftaten aufkommen lassen. Diese nahmen Anfang der 1990er Jahre sprunghaft zu, und die Zahlen gehen weiter steil nach oben. Im Jahr 2022 lag die Zahl der Straftaten von Rechts beim Fünffachen der Fälle mit linksextremistischem Hintergrund (knapp 21.000 gegenüber fast 4.000 Fällen). Der schon mehrere Jahrzehnte alte Vorwurf, der deutsche Staat sei auf dem rechten Auge blind, erhielt neue Nahrung durch ungeheuerliche nachrichtendienstliche und polizeiliche Versäumnisse: die Unfähigkeit des Staates, die sieben Jahre andauernde Folge fremdenfeindlicher Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) Anfang der 2000er Jahre aufzuklären, die die Behörden fälschlicherweise rivalisierenden migrantischen Gruppen zuschrieben; die Ermordung des einwanderungsfreundlichen Politikers Walter Lübcke durch einen bekannten Rechtsextremisten oder die Existenz rechtsextremer Netzwerke innerhalb von Polizei und Militär.

Ist die Kritik gerechtfertigt? Oder könnte es sich bei den genannten Fehlritten um Einzel-

fälle handeln und nicht um eine systematische, schon lange bestehende Voreingenommenheit, die den Rechtsextremismus herunterspielt und stattdessen den weniger verbreiteten und weniger tödlichen Linksextremismus überpropor-

„Horst Seehofer betonte nach dem Mord an Walter Lübcke: Wir sind nicht auf dem rechten Auge blind“

tional in den Mittelpunkt stellt? Der damalige Innenminister Horst Seehofer (CSU) betonte jedenfalls 2019, nach dem Mord an Walter Lübcke: „Wir sind nicht auf dem rechten Auge blind.“

Kritiker des Umgangs des deutschen Staates mit dem Extremismus verweisen dagegen auf historische Gründe für die strukturelle Ignoranz gegenüber der rechtsextremen Bedrohung: In den Nachkriegsjahren hat die deutsche Regierung ehemalige Nazis nicht aus ihren Institutionen entfernt, auch nicht aus den Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden. In den ersten Jahrzehnten des Kalten Krieges konzentrierte sich die Regierung auf den Kampf gegen den Kommunismus; es war die Zeit der öffentlichkeitswirksamen Anschläge von militanten Linken wie der Baader-Meinhof-Gruppe und der Bewegung 2. Juni. Die Konzentration auf den Linksextremismus hielt an, auch wenn rechtsextreme terroristische Bewegungen wuchsen und sich radikalisierten.

Kann man sagen, dass der deutsche Staat den Rechtsextremismus lange Zeit systematisch heruntergespielt hat? Um diese Frage zu beantworten, hat unser Forschungsteam Tausende von Dokumenten gesammelt, die das Verhalten der politischen Parteien, des Verfassungsschutzes und der Polizei von den Nachkriegsjahren bis heute und über die Bundesländer hinweg widerspiegeln. Für die politischen Parteien untersuchten wir Bundestagsreden, Parteiprogramme auf Bundes- und Landesebene sowie parlamentarische Anfragen. Für die Inlands-Nachrichtendienste stützen wir uns auf die Berichte der Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz. Für die Polizei schließlich haben wir Ausgaben der Monatszeitschriften der beiden großen Polizeigewerkschaften in Deutschland gesammelt.



Jeyhun Alizade ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am WZB in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Er forscht zu Migration, Kriminalität, Extremismus und politischem Verhalten. jeyhun.alizade@wzb.eu

Foto: © Fotobuddy Photography, alle Rechte vorbehalten.

Wir analysierten diese Daten mit verschiedenen Methoden der quantitativen Text- und Inhaltsanalyse. Wir kommen zu zwei zentralen Ergebnissen. Erstens: Obwohl der Extremismus darauf abzielt, die weithin geteilten Prinzipien der liberalen Demokratie und der öffentlichen Sicherheit zu untergraben, reagieren die politischen Parteien in Deutschland auf diese Bedrohung nicht grundsätzlich, sondern abhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung. Zwar hat der Rechtsextremismus in den letzten Jahrzehnten dramatisch zugenommen und übertrifft, wie beschrieben, die linksextremistischen Straftaten bei

„Die politischen Parteien in Deutschland reagieren auf die extremistische Bedrohung abhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung“

weitem. Dennoch behandeln Politiker*innen der CDU/CSU in politischen Reden, Parteiprogrammen oder parlamentarischen Anfragen die rechtsextreme Bedrohung nicht prioritär. Sie geben ihr häufig das gleiche oder ein geringeres Gewicht als dem Linksextremismus. Wir haben mehr als 10.000 parlamentarische Anfragen aus den Jahren 1952 bis 2019 analysiert. Die Auswertung legt nahe, dass das Verhalten der Konservativen der umstrittenen „Hufeisentheorie“

folgt, nach der Rechtsextremismus und Linksextremismus eine Reihe von vermeintlichen Gemeinsamkeiten aufweisen, etwa die Tendenz zum Autoritarismus und Totalitarismus, und daher gleich behandelt werden sollten. Unsere Analyse deutet auch darauf hin, dass Parteien auf der linken Seite des politischen Spektrums in ihrem Verhalten eher variabler sind und manchmal den Linksextremismus vernachlässigen. Eine etwaige Blindheit auf dem rechten Auge ist also weitgehend parteipolitisch bedingt.

Unser zweites zentrales Ergebnis ist, dass sich diese Verzerrungen auch auf vermeintlich neutrale staatliche Institutionen erstrecken, die mit der Sicherung der demokratischen Ordnung beauftragt sind. Wir haben mehr als 500 Berichte analysiert, die von den Verfassungsschutzämtern des Bundes und der Länder zwischen 1964 und 2019 veröffentlicht wurden. Die Aufmerksamkeit gegenüber Extremismus haben wir dabei anhand verschiedener Merkmale gemessen: die Länge der Kapitel, die dem Rechts- oder Linksextremismus gewidmet sind, oder die Häufigkeit von Wörtern, die Rechts- oder Linksextremismus signalisieren; außer-

„Wenn Nachrichtendienste die Art solcher Bedrohungen nicht richtig vermitteln, wird Extremismus leichter normalisiert und verbreitet“

dem haben wir mit Hilfe eines Algorithmus für maschinelles Lernen das Vorkommen jedes Typs von Extremismus in den Berichten geschätzt. Alle Analysen weisen in dieselbe Richtung: Wenn der Verfassungsschutz unter einem Mitte-Rechts-Innenminister (also aus der CDU/CSU oder FDP) statt einem Mitte-Links-Innenminister (konkret: der SPD) arbeitet, wird in öffentlichen Berichten dem Rechtsextremismus weniger Aufmerksamkeit gewidmet und die Handlungen der Rechtsextremisten werden eher als weniger bedrohlich dargestellt. Warum sind diese Darstellungen von Bedeutung? Die Verfassungsschutzberichte informieren die Öffentlichkeit darüber, welche Gruppierungen politischen Extremismus unterstützen, und dienen somit als Warnsignal. Wenn die Nachrichtendienste den Bürgerinnen und Bürgern



Rafaela Dancygier ist Professorin für Politics und Public and International Affairs an der Princeton University und hat den IBM-Lehrstuhl für International Studies inne. Sie untersucht, wie soziale und wirtschaftliche Unterschiede politische Konflikte in Europa und den Vereinigten Staaten strukturieren. rdancygi@princeton.edu
Foto: © Fotobuddy Photography, alle Rechte vorbehalten.

die Art solcher Bedrohungen nicht richtig vermitteln, wird Extremismus leichter normalisiert und verbreitet.

Ähnliche ideologische Verzerrungen finden sich in der Art und Weise, wie die Polizei mit Extremismus umgeht: Im Vergleich zur gemäßigten Gewerkschaft der Polizei (GdP) verharmlost die rechtslastige Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG), die der Union nahesteht, in ihren Publikationen konsequent die rechtsextreme Bedrohung.

Zusammenfassend zeigen unsere Analysen, dass Parteizugehörigkeit und Ideologie den Umgang von politischen Parteien und staatlichen Akteuren in Deutschland mit extremistischen Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit und die demokratische Ordnung erheblich und nachhaltig beeinflussen. Insbesondere die CDU/CSU, die die Politik seit der Gründung der Bundesrepublik dominiert hat, und die von ihr kontrollierten staatlichen Institutionen haben die Bürger nicht ausreichend vor der rechtsextremen Bedrohung gewarnt und damit möglicherweise zum dramatischen Anstieg und zur Verfestigung des Rechtsextremismus beigetragen.

Zwar hat die Bundesregierung in den letzten Jahren ihren Kampf gegen den Rechtsextremismus verstärkt, vor allem als Reaktion auf rechtsextreme Terroranschläge wie den Mord an Walter Lübcke, den Anschlag auf die

Synagoge in Halle 2019 und das Attentat in Hanau 2020. Im Jahr 2021 verabschiedete die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, darunter Investitionen in Extremismusprävention und in Bildungsarbeit,

„Erst vor wenigen Wochen hat die Innenministerin ein weiteres Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vorgestellt“

eine bessere Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen und schärfere Waffengesetze. Im Dezember 2022 vereitelte die Polizei einen rechtsextremen Putschversuch von Mitgliedern der sogenannten Reichsbürger-Bewegung. Erst vor wenigen Wochen hat Innenministerin Nancy Faeser (SPD) ein weiteres Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vorgestellt.

Es bleibt jedoch abzuwarten, ob diese Entwicklungen einen nachhaltigen Wandel im Engagement des deutschen Staates dafür bedeuten, die freiheitlich-demokratische Ordnung vor der Bedrohung durch den Rechtsextremismus zu schützen. Da die CDU unter Friedrich Merz einen Rechtsruck vollzieht, ist zu befürchten,

Literatur

Alizade, Jeyhun/Dancygier, Rafaela/Homola, Jonathan: Structures of Bias: How the State Systematically Downplays Right-Wing Extremism. Working Paper. Online: <https://rdancygi.scholar.princeton.edu/document/96> (Stand 11.03.2024).

Goschler, Constantin/Wala, Michael: „Keine neue Gestapo“: Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit. Hamburg: Rowohlt Verlag 2015.

Jonathan Homola ist Assistant Professor im Department of Political Science der University of California, Los Angeles. Er forscht unter anderem zu Fragen der Repräsentation und Wahlpräferenzen, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus sowie Geschlecht und Politik. homola@ucla.edu

Foto: Michelle Torres, alle Rechte vorbehalten.

dass eine künftige Mitte-Rechts-Regierung in alte Muster zurückfällt. Und da zudem in fast allen Bundesländern die Leitungen der Verfassungsschutzämter vom Innenminister der jeweiligen Landesregierung ernannt werden, besteht die Möglichkeit, dass eine siegreiche AfD bei den bevorstehenden Landtagswahlen im September die Kontrolle über genau die Behörden erlangt, die mit der Bekämpfung des Extremismus beauftragt sind. Das aber könnte katastrophale Folgen für die öffentliche Sicherheit und die liberale Demokratie in Deutschland haben. ●

Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hg.): Staatsgewalt: Wie rechtsradikale Netzwerke die Sicherheitsbehörden unterwandern. Freiburg: Herder Verlag 2023.

Manthe, Barbara: „On the Pathway to Violence: West German Right-Wing Terrorism in the 1970s“. In: Terrorism and Political Violence, 2021, Jg. 33, H. 1, S. 49-70.

Schultz, Tanjev (Hg.): Auf dem rechten Auge blind? Rechtsextremismus in Deutschland. Stuttgart: Kohlhammer Verlag 2021.